



Liebe Leserinnen und Leser,

nach einem zähen Prozess ist die neue Regierung Griechenlands in der Wirklichkeit angekommen und hat sich gegenüber der Euro-Gruppe zu den Verpflichtungen aus dem laufenden Hilfsprogramm bekannt. Griechenland hat zudem eine Verlängerung des Programms beantragt, was wir diese Woche im Deutschen Bundestag billigten – begleitet von klaren Ansagen zu unseren Erwartungen und Konsequenzen bei Nichteinhaltung.

In Abkehr von ihrer Wahlkampfrhetorik hat die griechische Regierung anerkannt, dass der mit den europäischen Partnern im Hilfsprogramm vereinbarte Reformprozess fortgeführt werden muss. Weitere Gelder aus dem laufenden Programm werden aber nur fließen, wenn Europäische Kommission (KOM), Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF) bestätigen, dass die von der neuen Regierung vorgelegten Reformmaßnahmen einen erfolgreichen Abschluss des Programms gewährleisten. Die neue griechische Regierung hat sich gegenüber den Euro-Partnern zur Zusammenarbeit mit den drei Institutionen und zu Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung bekannt.

Anders als Griechenland hat Portugal gezeigt, wie man mit kluger Haushaltsführung und Konsolidierung eine eingetretene Schieflage wieder in den Griff bekommt. Das Land plant, schon 2015 einen Teil der 2011 erhaltenen Finanzhilfen an den IWF zurückzuzahlen – und zwar bis zu 14,3 Milliarden Euro. Hierbei beabsichtigt die portugiesische Regierung zunächst die am höchsten verzinsten Verbindlichkeiten zu bedienen. Dabei handelt es sich um die Kredite des IWF. Nach der Parallelitätsklausel müssten auch die Kredite des EFSF (European Financial Stability Facility) bedient werden, die allerdings deutlich weniger Zinslasten verursachen. Wichtig ist zudem, dass der IWF in die Nachprogrammkontrolle eingebunden bleibt. Wir erwarten dadurch insgesamt eine weitere Stabilisierung der Eurozone. Dazu muss auch Griechenland im eigenen Interesse beitragen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

#### KURZ UND BÜNDIG

- 6.2.** Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion Wolfenbüttel
- 10.2.** Sitzung der CDU-Gemeinderatsfraktion Cremlingen
- 11.2.** Fachgespräch zum Thema Impfen und Betriebliche Gesundheitsförderung mit Prof. Dr. med. Sabine Wicker in Berlin
- 11.2.** Vortrag und Gespräch vor der DGB Region SON in Braunschweig
- 13.2.** Besichtigung der Erneuerungsmaßnahme am Schlauchturm der Freiwilligen Feuerwehr Hordorf
- 13.2.** Sondersitzung der Asse-II-Begleitgruppe in Wolfenbüttel
- 13./14.2.** Klausur des CDU-Kreisvorstandes Wolfenbüttel
- 15.2.** Männerfrühstück der Jungen Gesellschaft Destedt
- 17.2.** Sitzung des Gemeinderates Cremlingen
- 18.2.** CDU-Aschermittwochtreffen
- 22./23.2.** Klausurtagung der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



## Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 23. bis 27. Februar

**Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen.** Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe, der sogenannten Pkw-Maut, berieten wir in erster Lesung. Wie schon bei der Lkw-Maut sollen nun auch die Halter von im In- und Ausland zugelassenen Pkw und Wohnmobilen mit einem Entgelt für die Nutzung von Bundesautobahnen beitragen.

Halter von nicht im Inland zugelassenen Pkw sind nur bei Nutzung der Bundesautobahnen abgabepflichtig, um Belastungen für den sog. kleinen Grenzverkehr zu vermeiden. Von allen Haltern von in Deutschland zugelassenen Pkw ist die Infrastrukturabgabe jeweils für ein Jahr zu entrichten. Für Halter von im Ausland zugelassenen Pkw ist die Abgabe bei der Nutzung des deutschen Autobahnnetzes fällig. Die so zu erwirtschaftenden zusätzlichen Netto-Einnahmen von rund 500 Millionen Euro pro Jahr werden vollständig und zweckgebunden in die Verkehrsinfrastruktur fließen. Auf diese Weise tragen alle Nutzer der deutschen Fernstraßen zu deren Erhalt bei.

**Zweites Verkehrsteueränderungsgesetz.** Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in erster Lesung berieten, sieht Entlastungen bei der Kfz-Steuer vor, die der

Höhe der neuen Infrastrukturabgabe entspricht. Damit wird eine Doppelbesteuerung verhindert und der Übergang von der steuerfinanzierten zur nutzerfinanzierten Infrastruktur ermöglicht. Daneben sollen technische Anpassungen bei der Kfz-Steuer umgesetzt werden, die aus der Übernahme der Verwaltung der Kfz-Steuer durch den Zoll zum 1. Juli 2014 resultieren.

**Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes.** Wir berieten in erster Lesung den Gesetzentwurf, mit dem die notwendige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die umweltpolitische Lenkungswirkung der Lkw-Maut ebenso sichergestellt wie vertieft werden sollen. Hierzu sollen die Mautpflicht zum 1. Juli 2015 auf weitere 1.100 Kilometer vierstreifiger Bundesstraßen ausgedehnt und die Mautpflichtgrenze zum 1. Oktober 2015 von 12 auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgesenkt werden.

**Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr.** In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir über 20 konkrete Einzelmaßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr. Drei Kernbereiche der Streitkräfte sind hiervon berührt: Die Arbeitsbedingungen, die Vergütungen und die sozialen Absicherungen. Wir stellen auf diese Weise sicher, dass der Dienst in unseren Streitkräften weiterhin eine ausreichende Anzahl von Bewerbern anspricht.



*Namentliche Abstimmung zur Verlängerung der Finanzhilfen für Griechenland: 587 Abgeordnete stimmten mit „Ja“, 32 mit „Nein“ und 13 enthielten sich.*



### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





*Immerhin modisch im Trend: Gelb.*

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten.** Wir berieten in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der die Resolution der Vereinten Nationen vom 24. September 2014 in deutsches Strafrecht umsetzen soll. Die vorgeschlagenen Änderungen ergänzen das bestehende Instrumentarium hinsichtlich der Strafbarkeit einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Insbesondere soll das Gesetz Voraussetzungen dafür schaffen, Dschihadisten, die sich bewaffneten Kämpfern etwa in Syrien oder dem Irak anschließen wollen, wirkungsvoll verfolgen und inhaftieren zu können. Schon die Absicht, sich in einem Terrorcamp ausbilden zu lassen, ist strafbar. Gleiches gilt für den Versuch einer Reise, wenn diese in der Absicht unternommen wird, eine

schwere staatsgefährdende Straftat zu begehen oder eine solche vorzubereiten. Zudem werden die Vorschriften gegen die Finanzierung terroristischer Straftaten in einer neuen Norm zusammengefasst.

#### **Fünftes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze.**

In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir Maßnahmen zur Verbesserung der Datenqualität und der Verfahrenssicherheit durch die Überarbeitung des Meldeverfahrens in der sozialen Sicherung. Das Gesetz modernisiert u.a. die Regelungen etwa zur Entgeltbescheinigung, zur Meldung von Daten für die Beitragsberechnung der Unfallversicherung, zur Rentenversicherung sowie zum Unfallversicherungsschutz von Kindern und Jugendlichen.

#### **Mittendrin im Wahlkreis 49 7. bis 22. Februar**

**Energy-Talk.** Ich habe mich sehr gefreut, beim „Energy-Talk 2015“ von BS|Energy in Braunschweig den derzeitigen Stand der Energiewende vorstellen zu dürfen. Im Fokus meines Vortrages stand die Frage: Wo stehen wir energiepolitisch? Bei allen politischen Turbulenzen, die es in der Energiepolitik gibt, ist eines nämlich deutlich: Die Zukunft unserer Energieversorgung in Deutschland und Europa gehört momentan zu den wichtigsten Fragen unserer Zeit. Wie können wir also sicherstellen, dass es auch in den kommenden Jahrzehnten eine sichere Energieversorgung geben wird, die bezahlbar bleibt und Klima wie Umwelt schont? Diese Fragen sind aktueller denn je. Dabei ist jetzt schon klar: Wir werden auch in Zukunft eine Energiepolitik brauchen, die einen Interessenausgleich organisiert zwischen den



#### **Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Zielen Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit. Durch die Energiewende wird unsere Energieversorgung sicherer, umweltfreundlicher und bleibt bezahlbar, da wir uns unabhängiger machen von teuren Importen. Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) haben wir das EEG zukunftsfähig gemacht und dafür gesorgt, dass stromintensive Produktion in Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Nun stellen wir uns den Herausforderungen in Sachen Netzstabilität, Reservekapazitäten und Speicher.

**Vorstandssitzung CDA Wolfenbüttel.** Mit meinen Vorstandskollegen der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Wolfenbüttel habe ich über die Vorhabenplanung für 2015 gesprochen. Als Sozialflügel der CDU ist uns sehr an Sozial- und Gesellschaftspolitik gelegen. Gleichzeitig setzen wir uns aktiv mit weiteren Themen auseinander: Auf niedersächsischer Ebene gibt es etwa einen CDA-Arbeitskreis Energie, dem ich ebenfalls angehöre.

Sie haben Interesse, sich bei uns einzubringen? Oder Fragen zur CDA? Sprechen Sie mich gerne an.

**Einsatz in der Suppenküche Wolfenbüttel.**



Zusammen mit Frank Oesterhelweg, Uwe Schäfer, Adrian Glier und Rainer Hasselmann unterstützte ich die ehrenamtlichen Köchinnen Marianne Effe und Sigrid Berkau. Die im Roncallihaus eingerichtete Suppenküche ist eine großartige Institution in der Stadt, in der

Hilfsbedürftige neben einer warmen Mahlzeit auch eine Anlaufstelle finden. Deshalb engagiere ich mich regelmäßig dort, zumal ich gerne koche.

**Karneval 2015.** Die närrische Zeit ist vorbei und ich kann wieder einmal zurückblicken auf großartige Karnevalsveranstaltungen, die dieses Mal besonders in Erinnerung bleiben: In Baddeckenstedt wurde mir die Ehre zuteil, zum Ehrensenator des Elber Carnevalsvereins 1976 e.V. ernannt zu werden. Große Freude bereitete der Karneval-Verband Niedersachsen e.V. zehn Gründungsmitgliedern der Fastnachtsgesellschaft Abbenrode am Elm – u.a. mir – mit der Verleihung des Verdienstordens in Gold. Bilderimpressionen finden Sie auf meiner Homepage in der Bildergalerie. Ich freue mich schon jetzt auf die kommende 5. Jahreszeit.

**Zum Schluss, doch nicht das Letzte**

**Güterverkehrsaufkommen so hoch wie nie.** Um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 4,5 Milliarden Tonnen wuchs das Transportaufkommen im Güterverkehr 2014 nach vorläufigen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes an – 0,4 Prozent mehr als der bisherige Maximalwert von 2008. Allerdings sank der Wert für beförderte Güter im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent, was gerade auf die Tarifstreiks im Oktober und November zurückgeht.

Relevant finde ich diese Entwicklung vor dem Hintergrund der noch nicht vollendeten zweiten Baustufe der Weddeler Schleife. Schließlich soll der Güterverkehr nach Möglichkeit von der Straße auf die Schiene verlegt werden. Allerdings kann z.B. die Volkswagen AG in Wolfsburg bislang nur zwei Prozent der täglich über 1.000 Sattelaufleger auf den Verkehrsträger Schiene verlegen – weil die Infrastruktur nicht mehr hergibt. Deshalb und wegen der notwendigen Verbesserungen für die Pendler setze ich mich für die Vollendung der zweiten Baustufe ein, zumal 120 Millionen Euro gemessen am Gesamtvolumen des Verkehrsetats und unter Berücksichtigung des großen entstehenden Nutzens einen vergleichsweise geringen Wert darstellen.



**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

**CDU**